

Grundbedingtes ist in hohem Maße geeignet, Nationalität und Vaterlandsliebe zu fördern. Auch die Bestimmungen des Entwurfs über das Ankerrecht sind geeignet, eine lehrfähige Bevölkerung zu erhalten. Was aber unsere Bedenken in nationaler Beziehung betrifft, so ist ihre Haltung zur Volksgemeinschaft und wir werden uns in der Kommission hierfür eingehend unterhalten können. Ein zweites Bedenken betrifft für uns in der Durchführung, daß die Statistik der Konfessionen nicht gemacht werden könnte. Es würde sehr zur Bereinigung beitragen, wenn bei der Ausfertigung des Gesetzes die konfessionelle Statistik gemacht würde. Das Zentrum hegt eine durchgängig konfessionelle Schenkung. Wir gehen davon aus, daß die Statistik der Konfessionen in den Staaten gemacht werden könnte. Wir erwarten, daß das Zentrum sich als Ausnahmegegner gegen das Zentrum angedeutet wird. In der vorliegenden Form können wir den Gesetz nicht zustimmen. Wir würden ihm zustimmen, wenn es die Befähigung für das ganze Land bringen würde. (Beifall im Zentrum.)

Vgl. Wolff-Pflüger (Vorherr. Sp.): Das Gesetz ist ein Ausnahmegesetz; denn es soll nur auf einzelne Bundesstaaten und nur auf gewisse Teile der Bevölkerung angewandt werden. Wenn trotz der Anfechtung des Gesetzes das Zentrum in den Parlamenten zurückgegangen ist, was sollen dann die 100 Millionen, die in dieser Vorlage gebührt werden, nicht? Wir haben den Erfolg der Anfechtung des Gesetzes vorausgesetzt, wir sind für ein solches Ausnahmegesetz nicht zu haben.

Vgl. v. Zampogni (Voll): Friedrich Wilhelm III. hat den Polen die Erhaltung ihrer Nationalität versprochen. Ist dem Minister davon nichts bekannt? Bei den Reichstagswahlen von 1893 hatten wir 200,000, in den letzten Wahlen 451,000 Stimmen. Das ist der Erfolg der Polenpolitik. Das Gesetz verstoßt gegen die Reichsverfassung. Die Vorlage zeigt eine Verletzung aller Moralbegriffe, eine Verletzung des Unterschiedes von Weib und Mann, die wir nicht anerkennen können, wenn man sich nicht mit der Nationalität auseinandersetzt.

Vgl. Dr. Rieck (Freiwil.): Der polnische Staat kann nicht dauern, daß die Polen einen besonderen Staat in unserem Staat bilden. Das Gesetz gefährdet den Unterschied der Völker.

Ein von den Konserwatoren, Freikonserwatoren, Nationalisten und Freiwiligen unterstützter Antrag Kronprinz verlangt eine Erklärung des Bundesrats der Deutschen Reichsverfassung in Polen auf 6 Millionen Mark.

Unterhaushaltsminister: Die Regierung ist bereit, Mittel dazu bereitzustellen; in welcher Höhe, wird zu prüfen sein.

Vgl. Vorherr (Soz.): Wir können nicht anerkennen, daß die Bundesstaaten, für welche das Gesetz gelten soll, national getrennt sind. Wir, die wir nachstark national sind, (Lachen gebrüllt), leben mit den Polen und Dänen in Ruhe und Frieden. Das Gesetz wird unrichtig sein.

Weiterberatung Donnerstag 11 Uhr; außerdem: Eisenbahn-Anschlußgesetz.

Schluß nach 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 8. Mai 1912.

Am Bundesrätischen Staatssekretär Dr. Wolf. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 17 Min. Die Beratung des Beschlusses der Wilschsen auf Samoa wurde fortgesetzt.

Vgl. Erzberger (Ztr.): Wir beantragen, daß der Antrag der Kommission abgelehnt werden soll. Der Antrag Wilschsen trifft nicht unsere Wilschsen. Er bedeutet nicht, als das Hof am Reichstag aufzukommen. Das letzte Hof am Reichstag ist das Kontinental; es müßten sonst auch Maßnahmen zur Bekämpfung des außerordentlichen Geschäftes getroffen werden. Die Samoaner sind protestantische Christen, und nun will ein christlicher Staat es Christen verbieten, einander zu heiraten! Ich beantrage, daß gerade die Sozialdemokraten es sein müssen, die hier im Reichstage die Einführung des Christentums verteidigen. (Lachen bei den Soz.) Seien Sie zu den Soz.) doch froh, wenn ich Ihnen mal eine Anerkennung zuteil werden lasse. (Große Heiterkeit, die Sozialdemokraten wütel ab.) Ich bitte, es bei den Kommissionen beschließen zu lassen.

Vgl. v. Hülsen-Haeseler (Kons.): Wir wollen, daß unsere kolonialen Bürger so erogen werden, daß sie sich vor einer berechtigten Abstammung von selber schützen. Es sollten möglichst verheiratete Beamte hinausgeschickt werden, um den Familien durch ein Vorbild zu geben. Das wäre die beste Abwehr.

Vgl. Frhr. v. Wilschsen (Nat.): Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben das Eheverbot mit Schwarzen sehr gut vertragen können und auch Deutschland wird daran nicht zugrunde gehen. Es ist aber nötig, zunächst die Deutschen in den Kolonien zu hören; deshalb bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Vgl. Dr. Brabant (Vorherr. Sp.): Dieser Antrag gibt gute Gelegenheit, die Selbstverwaltungsgesetze in den Kolonien zu kritisieren, wie es unser Antrag beschließen soll.

Vgl. Dr. Damm (Soz.): Mit dem Christentum sollten die Konfessionen in dieser Frage nicht kommen. Nach der christlichen Religion werden ja die Heiden im Himmel gesalbt. Da ist es doch eine ungewisse Vogt, die Heiden mit den Christen zusammenzulegen zu unterlegen. Wilschsen sind 90 Prozent der Wilschsen unerschicklich. Damit wird das ganze Argument der Abstammung über den Samen verloren. Erzieht wird höchstens damit, daß fünfzig 100 Prozent unerschickliche Wilschsen geboren werden. Es gibt nicht ein anderes Gesetz, welches noch elementarer ist als das Rassengesetz. Dieses Gesetz ist besonders zu berücksichtigen, da die Samoaner einen unerschicklichen, gewogenen Wilschsen des Wilschsengeistes sind. Die Samoaner sind ein völkisch unterschiedlicher Stamm und ein hervorragend gesundes und schönes Volk. Mancher Deutsche könnte sogar seine Nachkommenschaft durch eine derartige Wilschsen abgeben. (Heiterkeit.) Mit dem Regen sind die Samoaner nicht in einen Topf zu werfen. Jeder soll sich der Verantwortung bewußt sein, die er bei einer derartigen Verbindung übernimmt. Wir wollen aber nicht die Frauen und die Kinder sozial degradieren.

Nach weiteren Bemerkungen der Vgl. Erzberger (Ztr.) und Vgl. v. Hülsen-Haeseler (Kons.) schloß die Sitzung.

Vgl. v. Hülsen-Haeseler (Kons.): Ich bitte die Bundeskommission auf geeignete Weise über die Beziehungen zwischen Weib und Mann in allen deutschen Bundesstaaten und Regelung des Gesetzes derjenigen unerschicklichen Kinder, auf die das Bürgerliche Gesetzbuch zurzeit nicht Anwendung findet. Es stimmen für diese

Resolution 203, dagegen 183 Abgeordnete, bei einer Stimmenthaltung. Die Resolution ist somit angenommen.

Am 11. Mai 1912. Die Resolution über die Änderung der Geschäftsordnung (siehe Anfragen und Interpellationen).

Der Antrag der Konserwatoren, den § 33a folgendermaßen zu fassen: „Die Stellung eines Antrages bei der Befragung einer Interpellation ist unzulässig.“ Es bleibt aber jedem Mitgliede des Reichstages überlassen, den Gegenstand in Form eines Antrages weiter zu verfolgen“ wurde in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 67 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. Auch alle weiteren Änderungsanträge wurden abgelehnt und die Vorlage der Kommission angenommen. Die abgeänderte Geschäftsordnung tritt sofort in Kraft. Die ersten kleinen Anfragen können am kommenden Freitag gestellt werden, sie wären bis heute abend einzureichen.

Es folgte die Abstimmung über die Anträge betr. Mitgliederzahl einer Fraktion. Der Antrag der Reichspartei, monach die Vereinigung von Mitgliedern und Soldaten zur Teilnahme an den Kommissionen und am Seniorenkongress für ausreichend erachtet wird, wenn sie mit den Zugewählten 15 Mitglieder erreicht, wurde mit 188 gegen 146 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Sodann wurde der Antrag der Kommission, monach eine Fraktion aus mindestens 15 Mitgliedern (Soldatlichen und Soldatlichen) bestehen muß, unverändert angenommen.

Hierauf begann die zweite Lesung des Etats des Reichshaushalts.

Vgl. Staden (Ztr.): Der Resolution der Sozialdemokraten auf Befreiung der Unmündigen und Kindern, die sich bei der Einteilung der Christlichen ergeben haben, stimmen wir zu. Die Resolution entspricht einem auf meinen Antrag im vorigen Jahre gestellten Beschlusse der Bundeskommission.

Reichshaushaltssekretär Müller: Im Jahre 1912 soll eine vollständige Neuorganisation der Familienleistungen erfolgen. Inzwischen hat der Bundesrat die Befugnis, einzelne Orte in höhere Christlichen einzurufen, wenn sich das Schicksal dazu ergibt. Im vorigen Jahre sind 67 Orte heraufgezogen.

Vgl. Ober (Soz.): In erster Linie — außer Stuttgart — sind fast nur kleine Orte mit wenigen Beamten in der Christliche erhöht worden. Die Petitionen größerer Städte sind fast völlig ohne Erfolg geblieben. In diesem Falle, wo es sich um ganz außerordentliche sozialpolitische Maßnahmen handelt, darf keine übertriebene Sparfamkeit geübt werden. Die durch das Verfahren des Bundesrats entstandenen Differenzen müssen möglichst bald beseitigt werden. Ich bitte Sie, unsere dahin gehende Resolution einstimmig anzunehmen.

Reichshaushaltssekretär Müller: Die Frage der Höhe der Entschädigung mit hier vollständig ausfinden, handelt sich nur um die Zusammenfassung der Orte zu dieser oder jener Klasse. In dieser Beziehung hat sich der Bundesrat ganz an die Grundzüge gehalten, nach denen die Bundeskommission die eingegangenen Petitionen geprüft hat. Ich kann bestimmt versichern, daß, obwohl die Reichsfinanzbehörde mit der Ausführung der Bestimmungen beauftragt war, finanzielle Gesichtspunkte in keiner Weise im Vordergrund gehalten haben und diese auch in Zukunft bei einer Neuorganisation nicht entscheidend sein sollen.

Vgl. Dr. Lauer-Kobler (Nat.): Auch meine politischen Freunde werden der sozialdemokratischen Resolution zustimmen. Es sollte aber eine mildere Spezial-Steuer greifen, sonst haben die parteiübergreifenden Parteien die Gefahr zu bestehen, die die Parteiführer der Regierung einwirft. (Schallendes Beifallen.)

Vgl. Dr. Neumann-Geser (Vorherr. Sp.): Bei Revision dieser Dinge sollte auf Mäßigkeit darauf genommen werden, Unstimmigkeiten zu beseitigen, die durch die Verlegung von Beamten in Orte mit höherer Steuerlast entstehen. Die gesamte Zollverwaltung sollte auf das Reich übernommen werden; die Verhältnisse haben sich bereits entwickelt, daß wir davon nicht zurückweichen sollten, wenn dadurch eine Verfassungsänderung notwendig wäre.

Reichshaushaltssekretär Müller: Eine Vereinfachung des Zollwesens dürfte kaum in einem Einheitsstaate erzielt werden. Ich würde aber eine mildere Spezial-Steuer greifen, sonst haben die parteiübergreifenden Parteien die Gefahr zu bestehen, die die Parteiführer der Regierung einwirft. (Schallendes Beifallen.)

Vgl. Dr. Neumann-Geser (Vorherr. Sp.): Bei Revision dieser Dinge sollte auf Mäßigkeit darauf genommen werden, Unstimmigkeiten zu beseitigen, die durch die Verlegung von Beamten in Orte mit höherer Steuerlast entstehen. Die gesamte Zollverwaltung sollte auf das Reich übernommen werden; die Verhältnisse haben sich bereits entwickelt, daß wir davon nicht zurückweichen sollten, wenn dadurch eine Verfassungsänderung notwendig wäre.

Vgl. v. Hülsen-Haeseler (Kons.): Die meisten Beamten in Magdeburg befallen sich darüber, daß sie durch die Zurückverlegung in eine niedrigere Ortsklasse geschädigt sind. Die Militärverwaltung sollte heute schon höhere Mietszuschüsse geben, deshalb sollte diese Frage grundsätzlicher geregelt werden.

Vgl. Erzberger (Ztr.): Die Besätze der Altpensionäre müssen dahin verbessert werden, daß die Unterschiede zwischen den früher und heute gezahlten Gehältern ausgleichen werden. (Sehr richtig.) Unmöglich ist es, die alten Beamten immer wieder auf den Pensionenweg zu verweisen.

Vgl. Zimmermann (Nat.): Starke Finanzen sind für das Reich ebenso notwendig, wie ein starkes Heer und eine starke Marine. Ein möglichst fetter Haushalt in der Zeitung des Reichshaushalts ist hierzu erwünscht, deshalb wünsche ich mit dem neuen Reichshaushaltssekretär ein langes Verbleiben im Amt. (Bravo!)

Vgl. v. Csering (Reichsp.): Die sozialdemokratische Resolution ist eigentlich ganz selbstverständlich. Die Ausführungen des Vgl. Erzberger wegen der Altpensionäre kann ich voll unterstützen. Die Pensionen müssen nach dem heutigen Stand der Lebensmittelpreise bemessen werden. Auf Almosen ist zu verzichten, ich unwirksam. (Sehr gut!)

Vgl. v. Hülsen-Haeseler (Kons.): Wenn wieder einmal neue Steuern notwendig werden, möge der Staatssekretär auf solche fassen, die nicht die breiten Bevölkerungsmassen treffen.

Vgl. Jund (Nat.): Man sollte nicht einzelne Orte mit Sonderwünschen herausgreifen, vielmehr sollte der Staatssekretär grundsätzliche Maßnahmen treffen.

Vgl. Wilschsen (Vorherr. Sp.): Wir stimmen der sozialdemokratischen Resolution zu. Die Frage der Altpensionäre muß gesetzlich geregelt werden.

Vgl. Wilmeyer (Vorherr. Sp.): Wir stimmen der Resolution der Sozialdemokraten zu. Die Regelung des Wohnungsgeldzuschusses ist notwendig.

Die Resolution wurde hierauf angenommen und das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt.

Am 11. Mai 1912. Die Resolution über die Beziehungen zwischen Weib und Mann in allen deutschen Bundesstaaten und Regelung des Gesetzes derjenigen unerschicklichen Kinder, auf die das Bürgerliche Gesetzbuch zurzeit nicht Anwendung findet. Es stimmen für diese

Reichshaushaltssekretär Müller: Darüber, daß fünf Millionen in den Fonds mehr eingestellt sind und aufzubereitende Ausführungsbudgetbestimmungen des Bundesrats ergangen sind, dürfte die Frage der Betanwendungseile erledigt sein. Die Unterlegung soll auch genehmigt werden, wenn nach Befragung des Reichshausbesitzes die Familienmitglieder zur Unterlegung nicht genehmigt sind. Es soll möglichst und wehrfähig dafür gemacht werden, daß die berechtigten Mittel den Betanenden auch wirklich zugute kommen.

Vgl. Weller (Ztr.): So einer Wilschsen in der Anwendung des Gesetzes kann keine Rede sein; das zeigen die vielen Petitionen. Die Ausführungsbudgetbestimmungen müssen revidiert werden. Die Offizierspensionen werden gar zu leicht bewilligt (Sehr richtig). Da sollte man den Betanenden erst recht entgegenkommen.

Hierauf vertagte sich das Haus.
Morgen 11 Uhr: Fortsetzung der Etatsberatung; außerdem kleine Straßengesetz-Novelle.

Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Ausland.

Der italienisch-türkische Krieg.

Aus Athen. Die römische „Agenzia Stefani“ meldet aus Athen, daß von 7. Mai: Der Generalfeldmarschall „Citta“ hat im Hafen von Nisibis den Wali von Hodoos und seine beiden Sekretäre gefangen genommen, als sie sich anständig, die Insel zu verlassen. Der Wali und seine Sekretäre werden bei der ersten Gelegenheit nach Italien gebracht werden. — Vier türkische Offiziere und 28 Soldaten haben sich den italienischen Vorposten ergeben. Die Haltung der Bevölkerung ist ruhig und achtungsvoll.

In der türkischen Deputiertenkammer teilte entgegen vorstehenden, aus italienischer Quelle flammenden Meldungen am getriggen Mittwoch der Präsident mit, es sei eine gütliche Nachricht aus Hodoos eingelaufen. Sie sei zwar noch nicht amtlich bestätigt, doch hoffe er, daß die Beilegung bald kommen werde.

Hienber handelt es sich um eine an den türkischen Minister Salas privatim vom Wali von Smyrna übermittelte Nachricht, in der gemeldet wird, daß nach einem Telegramm des Statthalters von Marmarica die türkischen Truppen von Tripolis am 4. Mai feindlich zurückgezogen und in Feindes Gefangenem gemacht hätten. Die Italiener sollen zahlreiche tote verloren haben.

Aus Tripolis. Aus Tripolis wird gemeldet, zur Verwundung der Befehlshaber, die Laguna mit Tripolis verbunden, haben zwei Jüde und 30 Katakomben die erforderliche Material an Ort und Stelle transportiert. Die mit den Arbeiten beschäftigten Truppen wurden von einer Kavalleriebrigade sowie zwei Bataillonen Infanterie und einem Bataillon Artillerie geleitet. Die Arbeiten wurden nicht gestört. Aus Benghazi wird vom 7. Mai gemeldet: Eine türkisch gebildete Truppe von Eingeborenen wurde heute früh zum ersten Male verwendet. In der Gegend von Giarrales stieß sie auf vierzig Gruppen von Beduinen und gestrichelte diese, wobei sie Beweise großen Wertes ablegte.

Wem soll man nun glauben? Bei Redaktionschluss geht uns noch folgendes Telegramm aus Rom zu: Die römische „Agenzia Stefani“ erklärt, die Meldungen des türkischen Kriegsministeriums über die Einnahme von Lebda am 3. Mai, über die Einnahme von Sams am 4. Mai, sowie über einen angeblichen Kampf südlich von Tripolis am 4. Mai seien durchgängig falsch. Der Kampf bei Lebda am 3. Mai sei ein vollständiger Sieg für die Italiener gewesen, die neun Tote und 60 Verwundete gehabt und endgültig die Stellungen von Lebda besetzt hätten. Die Türken seien zurückgeschlagen worden und hätten 300 Tote gehabt. Am 3. Mai hätten die Italiener, die nur unbedeutende Verluste hatten, in der Oase Eliten die Araber und Türken unter großen Verlusten in die Flucht geschlagen. Was Tripolis anbetrifft, so habe dort am 4. Mai kein Kampf stattgefunden.

Zur Lage in Marokko.

Zur Wünderung der Firm der Firma Reichshausen u. Co. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin: Kürzer den bereits vorliegenden Telegrammen über die Wünderung der Firm der Firma Reichshausen u. Co. in Marokko sind keine näheren Nachrichten eingegangen. Nicht nur durch den deutschen Konsulanten in Marokko, sondern auch durch den deutschen Völkshaf in Paris sind die nötigen Schritte getan worden, um die Angelegenheit klarzustellen.

Der Barrier „Agence Havas“ meldet unter dem 7. Mai aus Tanger: Aus Nachrichten, die man für zuverlässig halten kann, geht hervor, daß der deutsche Gesandte dem französischen Gesandten folgende Tatsachen unterbreitet hat: 150 von französischen Offizieren ausgesendete Soldaten der scharflichen Truppen hätten in der Farm Ouled-Ahmed, die dem eingeborenen Sekretär des deutschen Völkshausen in Marokko, Meier, einem Teilhaber der Firma Reichshausen, gehört, „Anschuldigungen“ vorgenommen. Man glaubt, „daß sie nach Desertoren forschten“ wollten.

Truppenverhältnisse.

Eine Note der Pariser „Agence Havas“ befaßt: Vom 10. Mai ab werden ansehnliche Truppenverhältnisse in Marokko entfaltend werden, und zwar Kavallerie, Infanterie, Kolonialinfanterie, Gebirgsartillerie, Legionäre, Chasseurs d'Afrique und senegalesische Jäger. Die Gesamtstärke wird nach der Verklärung 43.000 Mann betragen.

Die französisch-spanischen Verhandlungen.

Nach einer aufsteigend offiziellen Londoner Meldung über die französisch-spanischen Verhandlungen haben die zwischen dem Foreign Office und den Botschaftern Frankreichs und Spaniens geführten Verhandlungen über die Frage des Uterga-Gebiets ein günstiges Ergebnis gebracht, so daß eine Regelung dieser Angelegenheit als unmittelbar bevorstehend bezeichnet wird.

Die englischen Stottenmörder.

Der König von England ist in Weymouth angekommen und hat sich an Bord des Flaggschiffes „Repton“ begeben, um das Kommando über die Wünder des 1., 2., 3. und 6. Geschwaders der nach dem neuen Reorganisationsplan umgeformten Seemacht zu übernehmen. Der König war die Nacht an Bord seiner Jagd durch Rebel im Solent aufgespalten worden.

Die Luftschiffahrt.

Zum Gordan-Bennett-Auscheidungsrennen.

Die gelungene Fahrt der Preisrichter für das in Dresden abgehaltene Gordan-Bennett-Auscheidungsrennen, der Preisrichter für die folgenden Schiffsfahrten: Gewinner: Sieger ist Cho ... mit Ballon ... mit 516 Kilometern ...

Aus Nah und Fern.

Schwerer Eisenbahnunfall. Wie erhalten aus Linz a. d. R., 8. Mai, folgende amtliche Meldung: Heute vormittag 10 Uhr 50 Minuten stießen zwischen den Stationen Linz a. d. R. und ... zwei ... auf einem außer Betrieb befindlichen Gleis infolge unterlassener Veranlassung zusammen.

Personalnachrichten.

Personalien von der Schule.

I. Veränderungen unter den Kreis- und Kreisfiskusinspektoren. Dem Superintendenten ... in Wittenberg ist die vertretungsbefugte Verwaltung des Kreisfiskusinspektors ... übertragen worden.

Letzte Telegramme.

Zm Interesse der Feuerwehren.

Berlin, 9. Mai. In der Stadtkörpersitzung am 8. Mai ist ein Antrag eingebracht worden, dem preussischen Feuerwehrcorps 15 000 Mark zur Errichtung eines Feuerwehrcorps in Verbindung mit einer Landesfeuerwehrschule zur Verfügung zu stellen.

Berlin, 9. Mai. In der Hauptkammerung ist auch in Berlin eine Anzahl Personen erkrankt und teilweise fast erblindet, die die Sonnenfinsternis mit unbefangener Auge beobachtet hatten.

Die Streifzettel der Rheinflößer. Köln, 9. Mai. Infolge der Ausfahrungen der ausständigen Rheinflößer wird allen Rheinflößen auf Antrag Schutzbesetzung gewährt.

Die Folgen luftentwässerter Regen. Tübingen, 9. Mai. Infolge des getreten wolkenschweren Regens sind die Flüsse über die Höhe getrieben. Gestern abend mußte der Zugverkehr ... eingestellt werden.

Italien benachteiligt wieder! Rom, 9. Mai. Die „Agenzia Stefani“ meldet: „Die angebliche Depeche des Gouverneurs von Tripolis, die einen türkischen Sieg und die Gefangennahme von 1000 Italienern meldete, ist vollkommen unzutreffend.“

Börsen- und Handelsteil.

Zentralstelle der Hopfenvereinigungen Mitteleuropas.

In Geger wurde eine Zentralstelle der Hopfenvereinigungen Mitteleuropas mit dem Sitz in Geger unter Leitung des ... gegründet.

Von der Berliner Börse.

Zum Börsenhandel sind eingelaufen: 1 675 250 Mark 4% und 4 192 500 Mark 3 1/2% ...

Die Börsen in Paris und London.

Aus Paris, 8. Mai, wird uns gemeldet: Die Börse eröffnete ... in London ...

W. Der Aufsichtsrat der Deutschen Afrika-Bank hat beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer achtprozentigen Dividende für 1911 vorzuschlagen.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.

Berlin, 8. Mai. (Amtliche Notierungen der Rohwaren- und Futtermittelbörsen.) Weizen per 1000 kg. Juli 230-231 ...

Qualität hochreit Mai 155,75. Roggen: Berlin 712 gr. Mai 201,75. Sept. 179,50. Oblefia ...

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke. Magdeburg, 8. Mai. Prima Kartoffelmehl und Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg ...

Speirins. Hamburg, 8. Mai. Speirins 25 Baf. 1/2 für 100 kg (104-105 Baf.) ...

Öle und Leinöle. Köln, 8. Mai. Rüböl Juli 70,00, Oktober 70,50. Hamburg, 8. Mai. Rüböl Juli 68,00, Oktober 68,00.

W. Hamburg, 8. Mai. Inden-Indien 1. Produkt 88% Bremen, neue Hänge ...

Kaffee. Hamburg, 8. Mai. Kaffee Terminus-Notierungen. (Für bei Good ...)

Wool. Bremen, 8. Mai. Baumwolle, ruhig, Upland middling 100 60,00 Bf.

Antwerpen, 8. Mai. Wolle. La Plata-Amerikanische Type B. Mai 5,50 ...

W. London, 8. Mai. (Schlußbericht.) Rohseifen stetig. Widdlesboroughs ...

Tiere und tierische Produkte. Schlachtviehmärkte. Berlin, 8. Mai. Schlachtviehmärkte.

Magere Vieh in Friedrichshagen. (Amlich.) Friedrichshagen, 8. Mai. Antireb: 3894 Schweine ...

Neueste Handels-Depeschen. W. New-York, 8. Mai. Roter Winter-Weizen 102 1/2 ...

Wasserkände von Saale und Anfrut. (Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe ...)

Verantwortlich: Fritz Wolff und Feininger: Dr. Walter Gerschewski für ...

Aktienkapital: 160 Millionen Mark. Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklassigen Wertpapieren.

Bank für Handel u. Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S. Alte Promenade 3, gegenüber d. Stadttheater.

Filiale Halle a. S. Aktienkapital: 160 Millionen Mark. Reservoren: 32 Millionen Mark.

Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklassigen Wertpapieren. (Text describing bank services and interest rates)

